

03.07.23 OP

„Wir müssen in die Gänge kommen“

Eberhard Zorn, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, sprach in Marburg auf Einladung der CDU.

Von Carsten Beckmann



Eberhard Zorn diskutierte im Anschluss an sein Referat mit seinen Zuhörerinnen und Zuhörern.

Marburg. Es war sein erster öffentlicher Auftritt seit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand: Eberhard Zorn, bis März dieses Jahres Generalinspekteur der Bundeswehr, sprach in Marburg auf Einladung der CDU im Technologie- und Tagungszentrum. Dort wollten rund 70 Zuhörerinnen und Zuhörer in erster Linie wissen, wie der Militärexperte die aktuelle Lage im Ukraine-Krieg einschätzt und wie der bis vor Kurzem ranghöchste Soldat in Deutschland den Zustand der Bundeswehr beurteilt.

Als „unverändert hochdynamisch“ bezeichnete Zorn eingangs die Situation im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und führte für diese Einschätzung den Putschversuch der Wagner-Söldner ebenso an wie die ständig wechselnden Frontverläufe.

Zorn sieht keine Perspektive für schnelles Kriegsende

An vier Gebieten macht der frühere Generalinspekteur die Schauplätze der gegenwärtigen Kampfhandlungen fest: Bachmut, Donezk, Saporischschja und die Region um den gesprengten Staudamm bei Cherson. „Dort hat die ukrainische Armee die Initiative, trifft aber auf gut ausgebaute Verteidigungslinien der Russen“, sagte Zorn und fügte hinzu: „Die Bilder erinnern an den Ersten Weltkrieg, an Verdun.“

In die Schlagzeilen geraten war der frühere Generalinspekteur im vergangenen Jahr, nachdem Teile eines Interviews mit einem deutschen Nachrichtenmagazin veröffentlicht worden waren. Darin hatte Zorn zum einen die militärischen Erfolgsaussichten der Ukraine und zum anderen die deutschen Waffenlieferungen in Frage gestellt.

An einen schnellen Sieg der Ukraine mag er nach wie vor nicht glauben: „Ich könnte nicht mit guten Argumenten sagen, wie lange der Krieg noch dauert – ich sehe momentan keine Perspektive, dass das schnell endet.“ Seine Äußerungen zu Waffenlieferungen will Zorn, der von 2014 bis 2015 Kommandeur der Division Schnelle Kräfte in Stadtallendorf war, im Kontext verstanden wissen: Nicht etwa aus pazifistischen Erwägungen habe er die Waffenlieferungen in Frage gestellt: „Mein Knackpunkt dabei war, dass nicht aus den eigenen Beständen geliefert werden sollte.“

Um diese Bestände der Bundeswehr nämlich sei es seit Jahren nicht eben gut bestellt, kritisierte Zorn, der in diesem Zusammenhang unter anderem sagte: „Das Thema Munition war bisher unsere Sparkasse, es wurde zu wenig produziert und es gab keine Lagerkapazitäten.“ Auch durch zurückliegende Großlagen wie Flüchtlingszuströme, die Corona-Pandemie oder die Ahrtal-Flut sei die Bundeswehr materiell in Mitleidenschaft gezogen worden: „Die Bundeswehr hatte zu einem bestimmten Zeitpunkt keine einzige Wolldecke, kein einziges Verpflegungspaket mehr.“

Mehrfach bemühte Zorn die Begriffe Resilienz und Unabhängigkeit im Zusammenhang mit Fragen der äußeren Sicherheit und sagte: „Wir müssen so langsam in die Gänge kommen, sonst werden wir in Abhängigkeiten geraten.“ Dabei richtete der Ex-Generalinspekteur den Blick insbesondere auch auf China: „Die Chinesen wollen bis 2035 die modernste Armee der Welt haben – und der Prozess läuft.“ Das Zeitfenster zum Agieren hält der 63-Jährige für begrenzt, und zwar aus diesem Grund: „Wir befinden uns in Deutschland ziemlich genau in der Mitte einer Legislaturperiode – spätestens ab März 2025 wird hier nichts Bahnbrechendes mehr passieren, weil im September gewählt wird.“

Gutes Zeugnis für Annalena Baerbock

Ein gutes Zeugnis stellte Zorn Bundesaußenministerin Annalena Baerbock aus: Ihre Bereitschaft, sich mit militärischem Handeln auseinanderzusetzen, sei ausgeprägt und: „Ihr medialer Auftritt ist auch gut.“ Wertegebundene Politik sei wichtig, befand der Gast der CDU und brach eine Lanze dafür, dass militärisches Handeln stets von diplomatischen Aktivitäten flankiert werden müsse. Knapp zwei Stunden referierte Zorn in Marburg, beantwortete ausführlich Fragen seiner Zuhörerinnen und Zuhörer

und streifte dabei auch Themen wie eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, das Verhältnis Deutschlands zur Nato und zu den USA oder die Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.